



öffentlich

Betreff:
Bildungsbericht

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 07.08.2009

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.09.2009	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
29.09.2009	Ausschuss für Bildung und Sport		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Bildungsbericht erarbeiten zu lassen, in dem die Planungsebenen Schule und Jugendhilfe verknüpft werden. Der Bildungsbericht soll jährlich fortgeschrieben und jeweils im September der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung vorgelegt werden.

Neben quantitativen Aussagen (demografische Daten, Schüleranzahl, Anwahlverhalten, Schulabbrecher, Schulverweigerer, Klassenwiederholungen; Schulformen, Anteil staatlicher zu Ersatzschulen u.ä.) sollen dezidiert qualitative Aspekte (Schulprogramm respektive. Schulprofil, Engagement im Sozialraum, Kooperationsprojekte mit der Jugendhilfe, Gestaltung der Übergangsphase vom Kindergarten zur Schule, Fallzahlen der Erziehungshilfe u.ä.) aufgeführt werden.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt			
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Schwierigkeit der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule scheinen, obwohl der gleichen Zielgruppe verpflichtet, nicht geeint. Schulen sehen oft vordergründig ihren Bildungsauftrag - Jugendhilfe will präventiv und integrativ wirken. So leben die Systeme aneinander vorbei. Daran haben auch gelegentliche gemeinsame Sitzungen des Bildungs- und Jugendhilfeausschusses, als auch die Steuerungsgruppe Jugendhilfe-Schule wenig geändert.

Zur Zeit sind sowohl der neue Schulentwicklungsplan als auch der neue Jugendförderplan in im Geschäftsgang der kommunalen Selbstverwaltung. Die in einem Bildungsbericht erfassten Daten sollen Anhaltspunkte zu Handlungsbedarfen in beiden Systemen und Rückschlüsse auf die Wirksamkeit eingesetzter Ressourcen ermöglichen sowie insgesamt die Zusammenarbeit fördern.